

II-1022 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 638 IJ

1991-03-04

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Gartlehner, Dr. Keppelmüller  
und Genossen  
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft  
betreffend Errichtung und Finanzierung von Nationalparks auf ÖBF-Gründen

In Österreich ist derzeit eine Reihe von Nationalparkprojekten in Ausarbeitung. Das größte Problem für deren Realisierung stellen die Nutzungsbeschränkungen dar.

Es scheint mancherorts vorrangig erstrebenswert, Flächen der öffentlichen Hand in einen Nationalpark einzubringen, d.h. von den Österreichischen Bundesforsten genutzte Flächen sollen eingebunden werden.

Im Koalitionsübereinkommen wird primär an der wirtschaftlichen Ausrichtung des Unternehmens ÖBF kein Zweifel gelassen, gemeinwirtschaftliche Nutzungsbeschränkungen müssen abgegolten werden.

Beim oberösterreichischen Nationalpark Kalkalpen spricht man von Entschädigungsfordernungen von mehreren 100 Mio. Schilling im Falle der Einbindung der geplanten ÖBF-Flächen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nachstehende

A n f r a g e:

1. Wie stellt man sich die künftige Realisierung von Nationalparks auf Staatsgrund vor, insbesondere wenn der Wirtschaftskörper ÖBF davon betroffen ist?

- 2 -

2. Ist an eine Änderung des Auftrages der ÖBF im Hinblick auf Nationalparks gedacht?
3. Werden von der Nationalparkplanung betroffene Forstverwaltungen bei der Realisierung ihrer geplanten Nutzungen an eine Rücksichtnahme der Planungsüberlegungen gebunden?
4. a) Welcher Flächenanteil des gesamten Staatsgrundes ist von einzelnen Nationalparkplanungen betroffen?  
b) In welchem Flächenumfang sind ÖBF-Flächen von Nationalparkplanungen in Österreich betroffen.
5. Wie und bis wann werden die Entschädigungsfragen der ÖBF bei Nutzungsbeschränkungen einer Regelung zugeführt, die als Basis für eine fundierte Nationalparkplanung und Realisierung österreichweit dienen soll?
6. Wie erfolgt die Information über Nationalparkprojekte und eine daraus resultierende gegenseitige Abstimmung mit den anderen Ressorts?